

„Jede Arbeit hat ihren Wert und muss gerecht entlohnt werden“

Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke und Kandidatin Dr. Edith Wolber über notwendigen „Schutz für Beschäftigte“

Wiesloch. (seb) „Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt.“ Die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin der Grünen-Fraktion für Arbeitnehmerrechte, hält die Tarifautonomie für ein hohes Gut. Allerdings fordere ihre Partei hier eine Untergrenze, erklärte sie jetzt, als sie im Zug der Wahlkampftour mit der RNZ sprach.

Gemeinsam mit Dr. Edith Wolber, der Bundestagskandidatin im Wahlkreis Rhein-Neckar, bekräftigte die Abgeordnete die Notwendigkeit eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde. Ihre Vorschläge – „sollten die Grünen starker Partner einer Bundesregierung werden“ – machten sie unter anderem am Verdi-Streik in der Region anschaulich. So befinden sich unter anderem Ikea-Mitarbeiter in Walldorf seit Mai im Arbeitskampf und fordern den Manteltarifvertrag zurück, der vom Arbeitgeberverband zum 30. April gekündigt wurde. „Es ist wichtig, dass Verdi dafür kämpft“, so Beate Müller-Gemmeke.

Der Einzelhandel ist für sie „ein gutes Beispiel“: Der Arbeitsmarkt sei „zutiefst gespalten“. Deutschlandweit müssen ihr zufolge rund 1,4 Millionen Menschen „aufstocken“, also trotz Vollzeitarbeit Mittel vom Staat (Arbeitslosengeld II) zur Existenzsicherung beantragen. „Es kann auch nicht sein, dass über 50 Prozent der neuen Jobs ein Verfallsdatum haben.“ Daher wollten die Grünen die sach- und grundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abschaffen. Ebenso wenig könne die Politik ihrer Ansicht nach dulden, dass Vollzeitstellen durch „Minijobs“ ersetzt werden, die mit schlechterer Bezahlung und mit weniger Rechten einhergehen. „Die Politik hat auch eine Schutzfunktion für Beschäftigte.“

Ein Mindestlohn sei auch deswegen



Schildern ihre Vorstellungen von „Arbeit in Würde“: die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke (re.) und Bundestagskandidatin Dr. Edith Wolber. Foto: Pfeifer

erforderlich, weil Flächentarifverträge auf verschiedene Weisen umgangen werden, so die Bundestagsabgeordnete, etwa indem Filialen an private Kaufleute übertragen werden, die sich nicht an den Tarif binden. Oder weil es die neue Tendenz gebe, Tätigkeiten wie Regale einräumen per „Werkvertrag“ zu vergeben, mit dem der Lohn stellenweise „auf die Hälfte gedrückt“ werde: „Es kann nicht sein, dass im reichen Deutschland für fünf Euro die Stunde gearbeitet wird.“ Daher betonten die Grünen-Politikerinnen: „Jegliche Arbeit hat ihren Wert und muss gerecht entlohnt werden.“

rinnen freilich gleiche Löhne für Frauen, auch da sei eine gesetzliche Regelung unumgänglich, „denn diese Ungerechtigkeit ist durch nichts zu rechtfertigen“. Es sei auch im Interesse der Firma, einer gut ausgebildeten Fachkraft zu ermöglichen, nach der Babypause wieder einzusteigen, so Edith Wolber.

„Der Arbeitsmarkt braucht eine Neuordnung“: Beate Müller-Gemmeke übte scharfe Kritik an Schwarz-Gelb, „dass sie diese Fehlentwicklung laufen ließen“. Die genannten Maßnahmen wollen die Grünen zu einem Gesamtpaket schnüren, das sie „als ‚gute Arbeit‘, als Arbeit in Würde“ bezeichnen, so Edith Wolber. So stabilisiere man auch das Rentenniveau und wirke Altersarmut entgegen, betonte sie.

Zudem sei ihre Partei für die „Garantie-Rente“ von 850 Euro monatlich für alle, die 30 Jahre oder mehr in Ausbildung oder Studium, Arbeit, Kinderbetreuung oder Pflege Angehöriger verbracht. Zur Finanzierung habe man „ein Konzept hin zur Bürgerversicherung“, in die jeder einzahle, aber noch seien nicht alle Eckpunkte fertig.

„Wir wollen solidarische Sicherungssysteme“, sagte Beate Müller-Gemmeke auch mit Blick auf die Gesundheitsvorsorge. Ihr Motto „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ gelte auch für Kinder: Momentan gebe es die unterschiedlichsten Leistungen, die falsch verteilt würden: „Nicht alle Kinder sind ‚gleich viel wert‘.“ Daher wollen die Grünen „den Einstieg in eine Kinder-Grundsicherung“.

Sie und Beate Müller-Gemmeke zeigten sich auch zuversichtlich, dass ein Koalitionspartner SPD „zu 90 Prozent dabei ist“. Gegenüber den Maßnahmen der letzten rot-grünen Regierung, „als neoliberales Denken vorherrschte“, habe man Fehlentwicklungen erkannt „und wir stehen in der Verantwortung, sie zu korrigieren“, so Beate Müller-Gemmeke.

„20 EU-Länder fahren gut damit“, argumentierte Beate Müller-Gemmeke für den Mindestlohn, der entgegen landläufiger Behauptungen nicht zu Arbeitsplatzverlusten führe. Ein Vorbild sei England, das „nicht im Verdacht steht, sozialistischer Musterstaat zu sein“. Grund zum Handeln sind für die Grünen auch gesundheitliche Aspekte: Unsicherheit angesichts der Befristung, strukturelle Überforderung, wenn die gleiche Arbeit mit immer weniger Personal geleistet werden müsse, sorgen für großen Stress.

Ganz wichtig sind für die Politike-